



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 3

März 2023 / 57. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Tarifverhandlungen

# Zeigt endlich Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten!



Seite 17 <

Ausgeprägte Orientierung an der Praxis – Promillegrenze für E-Scooter-Fahrer bleibt

Seite 18 <

Fachteil:  
– Rechtsprechungsübersicht  
März 2023



> Verkehrsknoten- und Brennpunkt:  
das Kottbusser Tor in Kreuzberg

## Millionengrab „Kotti-Wache“

Nun ist sie da. Mitte Februar ist die rund 3,2 Millionen Euro teure „Kotti-Wache“ eröffnet worden. Ein Millionengrab. Die DPoIG wird sehr genau beobachten und beurteilen, zu welchem Zweck anderen polizeilichen Sanierungsobjekten das Geld entzogen wird.

Der Eröffnungstermin war am 15. Februar 2023. Politische Entscheider waren zugegen, sie lächelten in Kameras, machten Rundgänge. Draußen lärmten Gegner der Wache, zu denen

Innensenatorin Iris Spranger sagte: „Ihr wohnt doch gar nicht hier.“

Warum dieses Prestigeobjekt? Die Hoffnung ist, dass endlich Probleme polizeilich angegangen werden, die seit Jahren, ja Jahrzehnten (bezirks-)Politisch klein- beziehungsweise schön-geredet wurden und deren Ursprung im Sozialen liegt.

Zur Erinnerung: Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg – Fh/Kb wird seit 2006 grün regiert; davor vier Jahre links. Sozialpolitik? Fehlzanzeige!

Vielfältig und stetig ansteigend sind die sozialen Probleme rund um den Kotti. Erkannt wurde das längst. Die Erhöhung der Polizeipräsenz durch eine Brennpunktstreife sollte bereits in der Vergangenheit für Linderung sorgen. Nun noch mal eine Schippe drauf.

Bezirkspolitisch gilt: „Außer Spesen – äh runden Tischen – nichts gewesen.“ Das stellt inhaltlich selbst die taz fest (26. Januar 2023) und bezeichnet die Sozialmaßnahmen von

Ex-Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) als Makulatur. Anstelle des Bezirkes nun die Polizei? Nein. Nach Auffassung der DPoIG gilt: Wir sind keine bewaffneten Sozialarbeiter.

Die Innensenatorin war von den Räumlichkeiten der Kotti-Wache „sehr angetan“. Ob die Mitarbeiter des Bezirksamtes Fh/Kb von ihrem extra eingerichteten Arbeitsplatz in der Kotti-Wache ebenso entzückt sind, bleibt abzuwarten.

Das Personal der Berliner Polizei ist zwischenzeitlich gefunden. Es hatten sich nur drei Freiwillige gemeldet, es sei aber niemand zwangsverpflichtet worden, hieß es zuletzt seitens der Innensenatorin und Polizeiführung im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses. Formalbegrifflich mag das stimmen. Dennoch scheint die Aussage der Realität entrückt.

> Frank Neumann ist Kreisverbandsvorsitzender der Direktion 5 (Mitte).



© DPoIG Berlin

Denn es sind junge MA der Direktion Einsatz und Verkehr und solche, die im Rahmen von Rotations-

maßnahmen zwar nicht zwangsverpflichtet, aber mit Hinweis auf berufliches Fortkommen eben auch nicht freiwillig auf der Kotti-Wache Dienst verrichten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Wie wurde die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey in der Süddeutschen Zeitung (2. Februar 2023) zitiert? „Die Kollegen, die hier (Kotti-Wache) arbeiten, die erleben in einem Jahr Dienstzeit so viel wie manche Kollegen in Deutschland im ganzen Berufsleben. Det is so.“

Würde sich diese Wertschätzung nur bei der – höchststrichterlich festgestellten Missachtung der – amtsangemessenen Besoldung durchsetzen! Det wäre ein wichtiger Schritt, Frau Giffey!

*Euer Frank Neumann,  
Vorsitzender  
DPoIG-Kreisverband Dir 5*

### Inhalt

- 1 Millionengrab Kotti-Wache
- 2 Neues zur Bußgeldstelle
- 3 E-Scooter in der Kritik
- 4 Einigung zu Schießstätten
- 5 Interview Kooperative Leitstelle (Teil 3)
- 6 Die Kalaschnikow
- 7 Inside Moko (Teil 9)
- 8 Termine

### Impressum:

Redaktion: Kay Biewald  
E-Mail: [presse@dpolg-berlin.de](mailto:presse@dpolg-berlin.de)  
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf  
Landesgeschäftsstelle:  
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin  
Besuchszeiten:  
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr  
Do. 9–18 Uhr  
Fr. 9–13 Uhr  
Telefonsprechzeiten:  
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr  
Tel. 030.3933073  
Fax 030.3935092  
Internet: [www.dpolg.berlin](http://www.dpolg.berlin)  
E-Mail: [post@dpolg-berlin.de](mailto:post@dpolg-berlin.de)  
ISSN: 0723-1814

Facebook: [@polizei.berlin.5](https://www.facebook.com/polizei.berlin.5)  
Twitter: [@DPoIGBerlin](https://twitter.com/DPoIGBerlin)  
Instagram: [@dpolgberlin](https://www.instagram.com/dpolgberlin)



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

## Rechtsgrundlage weiterhin mangelhaft 250 neue Taser

250 neue Distanz-Elektroimpulsgeräte (DEIG) sollen ausgeliefert werden: 125 in diesem und 125 im nächsten Jahr. Der Gesamtpersonalrat (GPR) der Berliner Polizei hat der Beschaffung

der sogenannten Taser zugestimmt. Doch was lange währt, ist noch nicht gut. DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf sagt: „Der Taser ist keine Schusswaffe i.S.d. UZwG Berlin.

Er muss als Einsatzmittel anders gesetzlich verankert werden, damit Berlin auf den Stand der übrigen Bundesländer kommt.“

Für den Kauf der Taser stehen 1,4 Millionen Euro aus Siwanamitteln zur Verfügung. Mit dem Geld sollen auch die notwendigen Fortbildungen an der Polizeiakademie finanziert werden.



# Zwischen Anzeigenlast und Verjährung Dauerbrenner Bußgeldstelle

Im letzten Innenausschuss vor den Wahlen war die Bußgeldstelle Thema. „Zu hören gab es viele Absichtserklärungen und die Vision einer stärkeren Verkehrsüberwachung“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Aber wenn die Anzeigenlast mit 3,65 Millionen Verkehrsordnungswidrigkeiten durch die Decke geht, bedeutet das, dass die Bußgeldstelle auch für die Tonne arbeitet.“ Wir erinnern an unsere Forderungen:

- > **Software:** Das Fachverfahren pm-OWI ist zu erneuern. Es ist rund 20 Jahre alt und läuft seit Längerem ohne Updates.
- > **Sichere Arbeitsplätze** in der Bußgeldstelle: Die zeitlich begrenzten Beschäftigungs-

posten müssen in ausfinanzierte Stellen umgewandelt werden.

- > **Führung:** Die Bußgeldstelle braucht für die wachsende Zahl an Mitarbeitenden auch Führungspersonal, also mehr als Stellen ab EG 9b und A 10.
- > **Räume:** Die Verdichtung in der Bußgeldstelle sowie die Steigerung der Telearbeitsplätze ist nicht endlos möglich. Die Mitarbeitenden brauchen Arbeitsplätze.

Dazu zwei Hinweise:

- > Ebenso müsste die Justiz personell & technisch modernisiert werden. Nur so kann sie eine erhöhte Zahl von Einspruchsverfahren bewältigen. Sonst geht es dort in die Verfolgungsverjährung.



Seit Jahren weist die DPoIG Berlin auf die Probleme der Bußgeldstelle hin. Es wird Zeit, sie endlich als vollwertigen Bestandteil des Verkehrssicherheitskonzepts in Berlin anzuerkennen.

- > Zudem müsste das IT-Dienstleistungszentrum des Landes Berlin (ITDZ) personell besser ausgestattet werden, um die Bußgeldstelle angemessen technisch zu unterstützen.

„Seit Jahren weisen wir auf die Probleme der Bußgeldstelle hin. Es wird Zeit, sie endlich als vollwertigen Bestandteil des Verkehrssicherheitskonzepts in Berlin anzuerkennen“, so der DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf.

## In eigener Sache: neue Mitgliedsbeiträge ab 1. April 2023

# Konkurrenzfähig und handlungsstark

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landeshauptvorstand hat beschlossen, die monatlichen Beiträge ab dem 1. April 2023 anzupassen. Wir folgen damit der allgemeinen Einkommens- und Kostenentwicklung, um auch in Zukunft mit guten Leistungen und möglichst geringem Beitrag konkurrenzfähig und handlungsstark zu bleiben.

Außerdem gilt wie bisher:

- > Anwärter und Auszubildende zahlen während der Ausbildung 1 Euro monatlich.
- > Der Mindestbeitrag beträgt monatlich 7 Euro.

- > Für die Dauer der nachzuweisenden Elternzeit (mindestens drei Monate) gilt der Beitrag von 5,50 Euro nur auf Antrag.
- > Ruheständler zahlen ihren geminderten Beitrag ab Antragstellung.
- > Teilzeitbeschäftigte zahlen ihren Beitrag im Verhältnis zu ihrer nachzuweisenden Beschäftigungszeit; jedoch geringstenfalls immer den Mindestbeitrag.
- > Beim Partnertarif zahlt das Mitglied mit dem höheren Mitgliedsbeitrag den Regelbeitrag. Der Partner oder die Partnerin zahlt nur den Mindestbeitrag.

Bezeichnung	Beamte	Pensionäre
Auszubildende Anwärter	1,00 €	-
A 5: POW / OAmstr	13,89 €	8,10 €
A 6: PS	14,19 €	8,28 €
A 7: PM / POS	14,77 €	8,62 €
A 8: POM / PHS	15,62 €	9,11 €
A 9: PK / KK / PI / PAI	16,58 €	9,67 €
A 10: POK / KOK / POI	17,78 €	10,37 €
A 11: PHK / KHK / PAtm	20,38 €	11,89 €
A 12: PHK / KHK / PAR	21,90 €	12,77 €
A 13: EPHK / EKHK / POAR / PR / KR / RR	25,86 €	15,09 €
A 14: POR / KOR / ROR	27,23 €	15,88 €
A 15: PD / KD / RD	33,40 €	19,48 €
A 16: LtdPD / LtdKD / LtdRD	36,89 €	21,52 €

Bezeichnung	Arbeitnehmer	Rentner
EG 2	12,90 €	7,60 €
EG 2Ü	13,27 €	7,82 €
EG 3	13,83 €	8,15 €
EG 4	14,00 €	8,25 €
EG 5	14,67 €	8,64 €
EG 6	15,00 €	8,99 €
EG 7	15,00 €	9,15 €
EG 8	16,00 €	9,72 €
EG 9	17,56 €	10,35 €
EG 10	19,73 €	11,63 €
EG 11	20,00 €	12,05 €
EG 12	21,14 €	12,46 €
EG 13	23,45 €	13,82 €
EG 14	25,44 €	14,99 €
EG 15	28,10 €	16,56 €
EG 15Ü	34,29 €	20,20 €



## Wieder mehr Unfälle mit E-Scootern? Drei Anreize für mehr Sicherheit Klare Regeln und Verleihfirmen überprüfen

„Es gibt noch mehr Unfälle mit Elektrokraftfahrzeugen? Das war klar“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „E-Scooter nimmt doch niemand ernst.“ Die rbb-Abendschau hatte Anfang Februar berichtet, dass die Polizei von Januar bis Ende November 2022 rund 1100 Unfälle mit E-Scootern registriert hat. Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2021 waren es nur 813. Die Leihanbieter vermuteten rbb-Angaben zufolge, dass die Zunahme auf die vermehrte Nutzung von E-Rollern zurückzuführen sei.

Wir haben zu den Ursachen eine differenziertere Meinung:

- > Der Gesetzgeber fordert null verkehrsrechtliche Kenntnisse.
- > Wer E-Scooter fahren will, braucht keine Fahrerlaubnis. So ein Angebot nutzen folglich viele Kinder, Jugendliche und Touristen.
- > Außerdem gilt keine Helmpflicht, anders als bei Mofa und Moped.



© Kay Biewald (7)

> Kennt sich mit Fahrzeugen aller Art gut aus: Autor Kay Biewald ist Experte & Referent für E-Mobilität und stellvertretender KV-Vorsitzender der Dir E/V.

Und die Berlinerinnen und Berliner? Seit Jahren müssen sie diesem ordnungspolitischen Chaos untätig zusehen. In der Stadt werden mehr als 20000 Verleihscooter ohne Regeln genutzt, viele werden zu Stolperfallen.

„Solche eklatanten Versäumnisse können die Polizei Berlin und die Ordnungsämter nicht ausgleichen“, so DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf weiter. Erschwerend kommt dazu: Nach Verstößen im Straßenverkehr nennen die E-Scooter-

Verleihfirmen der Polizei keine Namen.

„Aber wo keine Sanktionen möglich sind, gibt es keine Anreize für die Verantwortlichen, sich an die Straßenverkehrsregeln zu halten“, so Bodo Pfalzgraf.

Das Ziel der DPoIG Berlin ist mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Deshalb fordern wir, 1. die Verleihfirmen regelmäßig zu überprüfen und klare Auflagen für eine Sondernutzungserlaubnis nach dem BerlStrG zu erteilen.

2. Werden verkehrsunsichere E-Scooter nicht umgehend aus dem Verkehr gezogen, muss die Zulassungsstelle eingreifen.  
3. Außerdem sollte es regelmäßig stadtweite Kontrollen geben.

> Hindernisse und Ärgernis: Achtlos abgestellte und herumliegende E-Scooter. Vor allem Menschen, die nicht gut sehen, haben hier ein hohes Risiko, zu stürzen, und laufen Gefahr, sich zu verletzen.

## No Lovestory – der AStA und der Rechtsstaat Ach AStA, wie tickst du denn?

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Freien Universität Berlin hat kürzlich davor gewarnt, bei Straftaten wie sexueller Belästigung auf dem Campus der FU Berlin die Polizei zu rufen – wegen Rassismussvorwürfen.

Man kann es offensichtlich nicht oft genug sagen: Sexuelle Belästigung ist eine Straftat. Egal, wer sie wo begeht. Hier ist die Polizei zuständig!

Nach kritischen Medienberichten, unter anderem von Philipp Siebert in der Berliner Morgenpost, veröffentlichte der AStA

eine Pressemitteilung. Darin steht:

„In unseren Augen ist ein Kontaktieren der Polizei allerdings nicht die einzig mögliche Option und kann insbesondere im Umgang mit psychisch erkrankten Personen zu weiteren Problemen führen. **Polizeigewalt und Morde durch Polizeibe-**

**amt\*innen sind ein bekanntes Problem** und sollten Anlass einer grundsätzlichen Kritik an dieser Institution sein. Es ist zudem eine bekannte Tatsache, dass Polizeibeamt\*innen mitunter Betroffene von sexualisierter Gewalt nicht ernst nehmen oder ihnen Schuld zuweisen und so zu einer weiteren Traumatisierung beitragen können.“

(Quelle: <https://astafu.de/PM-Richtigstellung-zu-falschen-Darstellungen/>)

Dazu sagt unser DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf:

„Polizistinnen und Polizisten schützen Grundrechte aller Menschen in Berlin, auch die der Mitglieder des AStA. Den Vorwurf, sie begingen Morde, empfinden wir, gelinde gesagt, als Verunglimpfung.“

Berlins Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik wollte sich, nachdem der AStA auf mehrere Gesprächsangebote nicht reagierte, selbst einschalten. ■



## Nachträgliche Entschädigungen und feste Ansprechpartner Schießstättenproblematik: Ende der Affaire

Jahre der Verhandlungen rund um die Schießstandproblematik wurden Ende Januar endlich abgeschlossen.

„Das war eine lange Durststrecke, bis wir für die Betroffenen eine Gerechtigkeitslücke weitestgehend geschlossen haben“, sagt DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. Und weiter: „Wir sind zufrieden, dass die Verhandlungen nun endlich Früchte getragen haben.“

Kernpunkt war die Entschädigung der Schießstättenopfer.

Gemeinsam mit der GdP, dem BdK und dem Verein Biss sowie der

Sichtungskommission und der Senatsverwaltung für Inneres unter Senatorin Iris Spranger (SPD) ist die DPoIG Berlin zu einer abschließenden Einigung gekommen.

Über die Details informiert die Polizei Berlin die Betroffenen in einer Mitarbeiterinformation.

### Zu den Entschädigungen

Bereits im Jahr 2022 war nachträglich in 30 Fällen eine Entschädigung erfolgt. Zusätzlich soll die Sichtungskommission in mindestens 46 Fällen eine Korrekturempfehlung unter Einbeziehung medizinischen Sachverständs erarbeiten. Die 786 bisherigen Antragstellerinnen und Antragsteller werden in Höhe von 75 Euro pro Monat entschädigt. 2023 werden aus den zur Verfügung stehenden Personalmitteln Entschädigungen ausgezahlt. In-

nensena-  
torin

Iris Spranger hatte bekräftigt, dass dafür vier Millionen Euro vorgesehen sind. Darüber hinaus erforderliche Mittel wollte sie für den kommenden Haushalt anmelden.

### Feste Ansprechpartner

Neben den Regelungen zu den Entschädigungszahlungen wurden auch organisatorische Punkte festgelegt, so die Verstetigung einer Kommission bis 2029 und die Einrichtung einer Ansprechstelle.

Wir als DPoIG Berlin möchten an dieser Stelle der Sichtungskommission insgesamt sowie unserer Rechtsanwältin Petra Klein für ihre Unterstützung danken.

© DPoIG Berlin

4

Landesverband Berlin

## Unterwegs und lustig: Neue Tour der Ü-55er – Schon was vor Ende März? Ausflug ins Feuerwehrmuseum Berlin

Wir laden unsere Mitglieder der Ü-55-Generation ein, am 22. März 2023 ab 10.30 Uhr an einer Gruppenführung durch das Feuerwehrmuseum Berlin teilzunehmen.

Wir treffen uns um 10.15 Uhr vor dem Eingang des Museums in Berlin-Tegel, Veitstraße 5.

Der Eintritt für Ruheständler: innen kostet 2,50 Euro – bitte passend mitbringen!

Wer mehr über das Museum und dessen Erreichbarkeit wissen möchte, schau ins Internet. Hier der Link:

<https://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/feuerwehrmuseum-berlin/>

Wir bitten um eure Anmeldung bis zum 15. März 2023 per E-Mail oder Telefon bei der Landesgeschäftsstelle (siehe Impressum) und freuen uns auf ein Wiedersehen!

*Eure Beisitzer Senioren, Holger Schulz und Steffen Lehrbrink*



Heiße Kiste: das Feuerwehrmuseum

© Markus Hellenkamp/DPoIG Berlin

## Das gemeinsame Projekt der Berliner Feuerwehr und der Polizei Berlin (Teil 3/Ende)

# Die Kooperative Leitstelle

Die Projektgruppe (PG) „Kooperative Leitstelle“ besteht seit dem Jahr 2012. Unser Landesredakteur Kay Biewald hat sich mit dem Projektleiter der Polizei, Thomas Schnitzer, und der Referentin der Projektleitung, Corinna Koch, über den Stand unterhalten.



© bbbp: architekten bda/cube visualisierung (3)

### **POLIZEISPIEGEL: Frau Koch, Herr Schnitzer, wie wird die Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr bei der Leitstelle im Detail stattfinden?**

**Der Projektleiter:** Die Trennung der Notrufaufnahme 110 und 112 wird unverändert aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenbefugnisse beibehalten. Ebenso verbleibt die Steuerung der Einsatzkräfte der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr unverändert in der jeweils eigenen Zuständigkeit.

Jedoch werden zukünftig im Rahmen sogenannter „gemeinsamer Fälle“ Einsatzinformationen, welche für die jeweils andere Behörde von Relevanz sind, automatisiert unter strikter Beachtung datenschutzrechtlicher Regelungen ausgetauscht.

So können beispielsweise Hinweise auf Verletzte bei einem

Verkehrsunfall, zu einem Brandfall disponierte Kräfte der Polizei und viele weitere Einsatzinformationen mit der Feuerwehr automatisch ausgetauscht werden. Diese Abstimmung erspart zeitaufwendige schriftliche und mündliche Kommunikation zwischen den Leitstellen und trägt zu einer schnellen, zielsicheren und nachvollziehbaren Reaktion von Polizei und Feuerwehr anlässlich gemeinsamer Einsatzeinsätze bei.

Besonders zu erwähnen wäre noch die Einführung einer strukturierten Notrufabfrage bei der Polizei Berlin, aufbauend auf standardisierten Einsatzregeln, und eine enge technische Vernetzung der Einsatzleitsoftware mit dem neuen Stabsführungssystem für polizeiliche BAO-Lagen. Hier werden zukünftig alle relevanten Informationen eines Einsatzgeschehens der AAO den Führungsorganen der BAO zur Verfügung stehen. Dies erleichtert die Bewältigung polizeilicher Sofortlagen enorm. Über entsprechende interne Schnittstellen können auch hier alle notwendigen Daten und Informationen medienbruchfrei mit der Feuerwehr ausgetauscht werden. Des Weiteren sollen die Einsatzkräfte der Polizei Berlin über mobile Endgeräte zukünftig alle erforderlichen Einsatzinformationen, Objektdaten und Einsatzakten zu ihrem Einsatzanlass direkt aus dem Einsatzleit- oder Stabsführungssystem

erhalten und bei gemeinsamen Einsätzen mit der Feuerwehr auch Informationen über deren Kräfteinsatz erhalten, um eine optimale Zusammenarbeit vor Ort zu gewährleisten.

### **Wodurch kam es bisher zu Verzögerungen bei der Fertigstellung?**

**Der Projektleiter:** Gegen die Vergabeentscheidung der Bewertungskommission zur Beauftragung der Leitstellentechnik hat eine unterlegene Firma bis zur letzten Instanz gerichtlich geklagt. Letztendlich war die Entscheidung des Projekts zur Beauftragung rechtmäßig, jedoch konnte in dieser Zeit kein Zuschlag erfolgen. Im Bereich des Baus musste einem Generalplaner gekündigt werden, da er unter anderem aufgrund des Verlusts eines Subunternehmers nicht mehr leistungsfähig war. Daraus resultierend mussten die Leistungen in einem sehr verwaltungsaufwendigen Vergabeverfahren europaweit neu ausgeschrieben werden. Im Verlauf des Bauplanungsprozesses erfolgte ein weiterer Austausch eines Subunternehmens des Generalplaners, was zusätzliche Zeitverzögerungen mit sich brachte.

### **Wer ist die aktuelle Bauherrin – die Berliner Immobilienmanagement GmbH oder eine Senatsverwaltung?**

**Der Projektleiter:** Bauherrin ist die Senatsverwaltung für

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW). Die Projektgruppe von Polizei und Feuerwehr vertritt dort die nutzerseitigen Interessen unter Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport als Bedarfsträgerin.

### **Muss das Gebäude auf dem Gelände der Polizei nochmals sicherheitstechnisch neu bewertet werden?**

**Der Projektleiter:** Nein, das ist bereits geschehen. Energetisch hat die SenSBW eine unabhängige Versorgung mit Erdwärme, eigenem Brauchwasser, zusätzlichen Netzersatzanlagen und weiteren Notstromaggregaten geplant.

Das voll klimatisierte Gebäude wird explosionsgeschützt, mit durchschusshemmender Verglasung, einem Anprallschutz gegen Fahrzeuge, einem eigenen Zaun und einem gesonderten Kontrollbereich am Eingang gebaut. An das Gebäude in der Gallwitzallee sind hohe Sicherheitsanforderungen auf baulich-technischer, aber auch organisatorischer Ebene zu stellen.

Die Risikobewertung und Empfehlungen für die bauliche Sicherheitsausstattung wurden durch Spezialdienststellen des LKA Berlin und einem externen Sicherheitsberater erarbeitet und flossen in die Bauplanung mit ein. ■



### **IT-FACHLEUTE GESUCHT!**

Für die technische Wartung und den Betrieb der Leitstelle wird ein Zentraler Technischer Betriebsdienst aufgebaut. Gesucht werden dringend IT-Systemtechnikerinnen und IT-Systemtechniker.

Die Stellen sind im Karriereportal des Landes Berlins ausgeschrieben, mit ausführlichen Informationen zu Einstellungsvoraussetzungen und Tätigkeitsfeld.

Weitergehende Informationen zur Ausschreibung für IT-Systemtechnikerinnen und IT-Systemtechniker unter Tel. 030.4664 770 211.



## Die Kalaschnikow Verbreitet wie sonst keine

Keine Waffe ist so bekannt und verbreitet wie das Gewehr Automat Kalaschnikow (kurz: AK) von Michail Kalaschnikow. Mehr als 100 Millionen AKs sollen im Umlauf sein. Damit ist die Kalaschnikow laut Guinness-Buch der Rekorde die verbreitetste Waffe weltweit. Waffenexperte Dirk Schöppl gibt einen kurzen Überblick über die AK.



► Dirk Schöppl ist Sachverständiger für Waffen und Munition, Fachautor und bietet unter anderem Einweisungen an dienstfremden Waffen ausschließ- lich für Berufswaffenträger an.

© Dirk Schöppl (4)



► Eine AK-103 aus russischer Fertigung aus dem Jahr 2020. Die AK-10x-Serie wird seit 1994 gefertigt.

### Die Kalaschnikow bei der Volkspolizei

Die DDR war eines der ersten Länder des Ostblocks, das eine Version der „AK-47 Typ III“ beim VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa gefertigt hat.

Im Jahr 1959 erfolgte die erste Serienproduktion der „AK-47“ mit einer Stückzahl von 8 337.

Um sich gegen den Propaganda- begriff „Sturmgewehr“, welcher im nationalsozialistischen Deutschland genutzt wurde, abzugrenzen, bekam die AK in der DDR den Namen „Maschinenpistole Kalaschnikow“, abgekürzt „MPi K“. Die Fertigung von verschiedenen Varianten der AK in der DDR, inklusive einer eigenen Weiterentwicklung der „MPi AK-74“ mit dem Namen „Wieger“, lief bis 1990.

Ab den 1960er-Jahren erfolgt die Bewaffnung der „bewaffneten Organe der DDR“ (ein Begriff aus der DDR-Terminologie) mit der „MPi K“. Anhand der verfügbaren Literatur lässt sich nicht eindeutig feststellen, ab wann die Volkspolizei in Berlin mit der „MPi K“ ausgestattet wurde. Bekannt ist, dass Mitte der 1970er-Jahre der Höhepunkt der Bewaffnung der Volkspolizei erreicht wurde. Entsprechend standen mehr als 180 000 Maschinenpistolen (inklusive „MPi K“), rund 215 000 Pistolen und rund 45 000 Maschinenpistolen des Typs „Skorpion“ zur Verfügung. Hinzu kamen rund 5 000 Reizgaswerfgeräte und

63 Scharfschützengewehre des Modells „Dragunow“. Allerdings kam es in den Folgejahren zu keinen signifikanten Verbesserungen und Nachrüstungen des Materials. Das lag an der schlechten wirtschaftlichen Lage der DDR.

Im Zuge der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurde die Volkspolizei aufgelöst und in die neuen Landespolizeien überführt. Bis auf einige Ausnahmen wurden die Waffen der Volkspolizei ausgesondert und vernichtet.

### Die Kalaschnikow als Tatwaffe

Leider werden immer mal wieder „AK-47“-Gewehre bei Straftaten eingesetzt oder bei Durchsuchungen sicher- gestellt. So kam es zum Bei-

Die einfache Bedienung und Robustheit machten die Kalaschnikow seit den 1950er-Jahren zur bevorzugten Waffe in weltweit allen bewaffneten Konflikten und Verbrechen. Sie ist es bis heute.

So wurde das Gewehr ein Symbol für Revolution, den nationalen Widerstand oder Verbrechen. Einige Organisationen und Staaten setzten die markante Silhouette der AK auf ihre Flaggen, Wappen oder Logos. Umgangssprachlich hat die Waffe den Namen „AK-47“ oder „Kaschi“.

### Entwicklung und Varianten

Auf der Basis der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und vorherigen technischen und ballistischen Entwicklungen präsentiert der junge sowjetische Leutnant Michail Kalaschnikow erstmals 1947 den Prototyp seines Gewehrs AK-47. Zwei Jahre später führt die sowjetische Armee es als Standardbewaffnung im Kaliber 7,62 x 39 Millimeter ein.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden weltweit unzählige Varianten mit oder ohne Lizenz hergestellt. Zu den bekanntesten Varianten gehören die AKM, AKMS und AK-74, der **chinesische Typ 56** und die jugoslawischen Modelle M-64 und M-70. Zudem wurde 1974 zusätzlich das Kaliber 5,45 x 39 Millimeter eingeführt. Die AK wird noch immer in zahlreichen Varianten produziert und gehört zur Standardbewaffnung vieler regulärer Armee- und Polizeieinheiten weltweit. Auch im aktuellen Krieg in der Ukraine gehört die AK in unterschiedlichen Varianten und Kalibern auf beiden Seiten zur Bewaffnung.



► Gut zu erkennen! Bei der MPi K aus DDR-Fertigung ist die Kennzeichnung am Feuerwahlhebel in Deutsch erfolgt. D steht für Dauer- und E für Einzelfeuer.

### Technische Daten

- ... der ersten in der DDR gefertigten AK
- Modell: AK-47 (MPi K, 31.031/MPi Kms 31.032)
- Hersteller: VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa
- Produktionszeit 1959 bis 1966
- Kaliber: 7,62 x 39 Millimeter (M43)
- Lauflänge: 415 mm
- Gewicht (geladen): 4,3 kg
- Magazinkapazität: 30



spiel im Oktober 2018 nach einem Überfall auf einen Geldtransport unweit des Alexanderplatzes zum Einsatz einer AK: Die Täter schossen auf den Einsatzwagen der Polizei.

Glücklicherweise blieben die Einsatzkräfte unverletzt. Die Standardschutzwesten (SK1/

VPAM3) hätten keinen Schutz geboten.

#### ► Illegaler Handel

Gemäß Bundeslagebild Wafenkriminalität 2021 des BKA ist der illegale Handel mit Schusswaffen aus dem ehemaligen Jugoslawien weiterhin von Bedeutung. In den Kriegen

und Konflikten in den 1990er-Jahren ist dort eine große Anzahl von Schusswaffen „verloren“ gegangen. Sie tauchen noch immer bei Straftaten überall in Europa wieder auf.

Es ist leider anzunehmen, dass auch im Laufe des Krieges in der Ukraine und danach viele illegale Waffen auf unseren

Straßen wieder auftauchen werden. Darunter werden auch „AK-47“-Gewehre sein.

*Danksagung des Autors: Mein Dank richtet sich an den Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V. für die Unterstützung bezüglich der MPi-K-Bilder und des gemeinsamen fachlichen Austauschs.* ■

## Hospitation im LKA 11 (9. Teil) Inside Moko

Polizeihauptkommissar Andreas Veith hat einige Wochen bei der Mordkommission hospitiert. Hier sein Erfahrungsbericht.

#### ► Fall 4 – „Das Blut-Rätsel vom feinen Lietzensee“

Mit dieser für meinen Geschmack zu reißerischen Schlagzeile versucht die B.Z. am späten Donnerstag die Sensationsgier ihrer Leserschaft zu befriedigen. Es ist bereits meine vierte Hospitationswoche, streng genommen der vorletzte Tag meiner Abordnung zum LKA 11.

Knapp eine Woche begleite ich bereits die Kolleginnen und Kollegen der 8. bei ihren Ermittlungen. Bis dato sind es „nur“ Hinweise zu ungeklärten Mordfällen, denen Birgit und Jochen nachgehen. Seit ungefähr einer Woche dauert auch die Bereitschaft der 8. Mordkommission an, die bisher erfreulich ruhig geblieben ist. Die Ermittler sind auch ohne einen neuen Fall gut beschäftigt. Dennoch frage ich vorsichtshalber bei meiner Abschnittsleitung nach, ob ich meine

Hospitation um zwei Tage verlängern und der personell knapp besetzten 8. bis zum regulären Ende der Bereitschaft am kommenden Dienstagmorgen zur Verfügung stehen kann. Schließlich weiß man ja nie. Ja klar, lautet die Antwort meiner Chefs, die nicht nur mir, sondern auch der 8. etwas Planungssicherheit gibt.

Niemand ahnt am Mittwochabend, was in den nächsten beiden Tagen auf die 8. zukommen wird. Einmal mehr wird sich die Redewendung von der Ruhe vor dem Sturm bewahrheiten.

Am frühen Donnerstagmorgen reißt mich der Klingelton meines Handys aus dem Schlaf. Es ist kurz nach 5 Uhr.

#### ► Ben ruft an und sagt: „Wir haben einen Fall“

Trotz Anfahrt aus dem Umland bin ich bereits kurz vor 6 Uhr in



► Bedeutende Leiter der Mordkommission: Ernst Gennat (links) und Karl Schwichtenberg

der Keithstraße. Nun heißt es, das Auto schnell auf den Hinterhof der Dienststelle zu manövrieren. Glücklicherweise finde ich zwischen den Dienstfahrzeugen und privaten Autos der anderen Kommissionsbeamten eine Lücke. Denn vor dem Dienstgebäude zu parken ist teuer. Der kostenintensive Grund hierfür nennt sich Parkraumbewirtschaftung.

Selbst für die in Rufbereitschaft befindlichen Ermittler der Mordkommission, deren Dienstzeiten überhaupt nicht vorhersehbar, geschweige denn planbar sind, gibt es keine Ausnahmeregelung. Lediglich knapp zehn Parkplätze stehen den Kolleginnen und Kollegen des LKA 11 auf dem Hof zur Verfügung.

In Anbetracht dessen, dass neben einer in Rufbereitschaft stehenden Kommission auch ein sogenannter Kommissionsfall, in dem die Dienstzeit vom konkreten Ermittlungsverlauf abhängt und sich nicht nach den Fahrplänen des öffentli-



► Andreas Veith ist Vizevorsitzender KV Dir 5 (City).

chen Nahverkehrs richtet, ein- und über Wochen anhalten kann, ist die aktuelle Regelung völlig unzureichend. Eine Neubewertung dieser Situation wäre nicht nur begrüßenswert, sondern würde eine unverzügliche Einsatzbereitschaft der Mordkommission gewährleisten, was nur sowohl im dienstlichen als auch im öffentlichen Interesse liegen kann.

#### ► Der M-Bus

Mit dem kommissionseigenen Dienstfahrzeug und dem M-Bus geht es nach einer kurzen Einweisung in den Sachverhalt für die Ermittler in eine nobel anmutende Wohnstraße in unmittelbarer Nähe zum Lietzensee. Die Kollegen des Kriminaldauerdienstes und des örtlich zuständigen Polizeiabschnitts warten schließlich schon.

Der im internen Sprachgebrauch kurz M-Bus bezeichnete Kleintransporter steht

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE



immer der jeweiligen Bereitschaftskommission zur Verfügung und ist mit einem Fahrer des Fahrdienstes des LKA besetzt. Der M-Bus hat alle notwendigen Einsatzmittel an Bord und basiert auf einer Idee von Ernst Gennat, dem wahrscheinlich talentiertesten und erfolgreichsten Kriminalbeamten der Weimarer Republik. Der auch als „der Buddha der Kriminalisten“ oder „der Dicke vom Alexanderplatz“ bekannte und in der Erfolgsserie „Babylon Berlin“ eine zentrale Rolle spielende Kriminalrat Gennat gilt als Begründer der modernen Mordkommission. Er erkannte die Wichtigkeit einer genauen Spurensicherung und formulierte Richtlinien zum Verhalten am Tatort, welche heute noch ihre Gültigkeit haben.

Die Tatumstände des vorliegenden Falles sind mysteriös. Im Brustkorb einer jungen Frau steckt ein Messer. Ihr Lebenspartner ist ebenfalls verletzt, wenn auch nicht so schwer. Was auf den ersten Blick so eindeutig erscheint, ist es aber nicht. Anja, eine von zwei Tatortverantwortlichen der 8., untersucht mit den Kolleginnen und Kollegen der Kriminaltechnik den Tatort. Elisabeth, Ben und ich klingeln sämtliche Bewohner des schicken Altbaus aus dem Bett, sofern sie nicht bereits durch die Schreie der Frau aus dem Schlaf gerissen worden sind. Jochen und Birgit führen indes die Vernehmung des Lebenspartners durch, der zu diesem Zeitpunkt als tatverdächtig gilt. Der Bereitschaftsführer André hält alle Fäden in den Händen.

Gegen Mittag auf der Dienststelle wieder angekommen lese ich mich in den vom Handy des

Beschuldigten extrahierten Chatverlauf ein, der das Verhältnis zwischen ihm und der glücklicherweise jetzt außer Lebensgefahr befindlichen Frau gut nachvollziehbar abbildet. Nicht nur aufgrund des Inhalts dieser Konversation kommen erste Zweifel an der Täterschaft des Lebenspartners der schwer verletzten Frau auf. Auch andere nun vorliegende Ermittlungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass es wohl anders war, als es zunächst den Anschein hatte. Nun gilt es, die im Raum stehende Tatversion zu objektivieren.

Fast 18 Stunden dauert der Dienst an diesem Donnerstag. Zu meinem Glück sind die Straßen Berlins leer, als ich mein Auto eine Stunde vor Mitternacht gen Heimat steuere. Viel Schlafenszeit habe ich nicht. Denn am nächsten Morgen beginnt der Dienst wieder regulär kurz vor 8 Uhr. Schließlich gibt es noch jede Menge zu ermitteln, zumal der Beschuldigte noch im Gewahrsam ist.

Nach weiteren zehn Stunden Dienst deutet vieles in eine konkrete Richtung. Der Lebenspartner behält zwar zunächst den Status eines Beschuldigten, ist aber wieder auf freiem Fuß. Die Ermittlungen der Mordkommission sind weitestgehend abgeschlossen. Der Tragik des Geschehens steht zumindest die Hoffnung auf einen grundlegenden Neuanfang für beide gegenüber.

> **Fortsetzung im nächsten POLIZEISPIEGEL. Begonnen hat die Serie im POLIZEISPIEGEL 4/2022. Alle Ausgaben auf unserer Homepage: [www.dpolg.berlin](http://www.dpolg.berlin)** ■

## > Termin 13. März 2023 MV Kreisverband Dir 2 West

Wir treffen uns ab 17 Uhr zur Mitgliederversammlung in den Vereinsräumen der IPA, A 24, Kaiserdamm 1, 14057 Berlin. Bitte melde dich an bei: [Sascha.Lebrun@DPoIG-Berlin.de](mailto:Sascha.Lebrun@DPoIG-Berlin.de). Dein Team Dir 2 West!

## Sprengplatz Grunewald bleibt erhalten

„Die Hauptstadt benötigt dauerhaft eine ausgeprägte Sprengstoffkompetenz zum Entschärfen von Weltkriegs- und Terrorbomben. Darum ist die Entscheidung pro Sprengplatz Grunewald richtig“, sagt

DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. Zuvor hatte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) im ISOA berichtet, dass der Berliner Sprengplatz erhalten bleibt. Denn Brandenburg biete keine Alternative. ■

### Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.

**0177.3008710**



© aratian/Fotolia

### Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

#### Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in deiner Nähe!

#### Kreuzbund Diözesanverband Berlin e. V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

[www.kreuzbund-berlin.de](http://www.kreuzbund-berlin.de)

E-Mail: [info@kreuzbund-berlin.de](mailto:info@kreuzbund-berlin.de), Tel.: 030.85784380



### Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Der Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 6. April 2023.**

Veröffentlichungen wie Leserbrief, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

#### > Landesredakteur DPoIG Berlin

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin, oder E-Mail: [presse@dpolg-berlin.de](mailto:presse@dpolg-berlin.de)

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbrief stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.

